



# Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

## PROTOKOLL

Sitzung Nr. 2  
Dienstag, 17. Februar 2009  
18:07 - 20:29 Uhr  
Grossratsaal der Rathauslaube  
Genehmigt am: 24.02.09

---

Vorsitz:	Christa Flückiger	SP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsidentin und 35 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Anfang der Sitzung:	SR Peter Käppler	Baureferent
Schluss der Sitzung:	SR Peter Neukomm	Finanzreferent

---

## BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	<b>VdSR Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL) - Beibehaltung der kostenoptimierten Freizeitkurse</b>	<b>Seite 25</b>
2	<b>Antrag des Büros: Neufestlegung des Sitzungsgeldes des Grossen Stadtrates und Festlegung der Grundentschädigung für die ständigen Kommissionen des Grossen Stadtrates und die Verwaltungskommission der Städtischen Werke Schaffhausen</b>	<b>Seite 25</b>

**PENDENTE GESCHÄFTE****EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz <i>(Rückweisung in die SPK 04.03.08, gemäss SPK Präsident vom 20.05.08: Abwarten Schlussbericht Rheinufergestaltungsprozess)</i>	FK
14.01.08	<b>VdSR</b> Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	<b>VdSR</b> Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	FK
29.07.08	<b>VdSR</b> Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
06.09.08	<b>Postulat</b> Peter Neukomm (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen	
16.09.08	<b>VdSR</b> Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes	SPK
16.09.08	<b>Motion</b> Marianne Schwyn (SP): Betreffend Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private	
18.09.08	<b>Postulat</b> Simon Stocker (AL): Kulturpolitik mit Konzept	
17.10.08	<b>Motion</b> Roland Schöttle (parteilos): Rollen statt Rütteln	
21.10.08	<b>VdSR</b> Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09)	GPK
21.10.08	<b>VdSR</b> Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung	GPK
21.10.08	<b>VdSR</b> Parkleitsystem	FK
11.11.08	<b>Motion</b> Urs Tanner (SP): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040	
11.11.08	<b>Postulat</b> Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen	
22.11.08	<b>Postulat</b> Christoph Lenz (AL): Vereine, die Jugendarbeit leisten, stärken	
02.12.08	<b>VdSR</b> Einführung integraler Tarifverbund und Beschaffung eines neuen Billettausgabesystems der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH)	FK
02.12.08	<b>VdSR</b> Tarifierleichterung im integralen Tarifverbund- Neuordnung der Finanzierung der VBSH	FK
09.12.08	<b>VdSR</b> Vorgezogene Beschaffung eines Gelenkbusses	FK
16.12.08	VdSR Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen	FK

**2008 Kleine Anfragen:**

16	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Vergabep Praxis der Stadt bei öffentlichen Bauprojekte	21.10.08
----	-----------------------------	---	----------

**2009 Kleine Anfragen:**

1	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Impulsprogramm zur Belebung der Wirtschaft	12.02.09
---	-----------------------------	---	----------

## **BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**

---

### **Traktandum 1      VdSR Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL) – Beibehaltung der kostenoptimierten Freizeitkurse**

---

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 4. November 2008 und die anlässlich der Ratsdebatte genehmigte Änderung mit **18 : 16 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 4. November 2008 betreffend die Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung, Beibehaltung der kostenoptimierten Freizeitkurse.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Beibehaltung der Freizeitkurse SHPL gemäss Szenarium "SHPL-Kurse optimiert" zu. Die in der Vorlage erarbeitete Tarifstruktur ist zu überprüfen.

### **Traktandum 2      Bericht und Antrag des Büros vom 10.02.09: Neufestlegung des Sitzungsgeldes des Grossen Stadtrates und Festlegung der Grundentschädigung für die ständigen Kommissionen des Grossen Stadtrates und die Verwaltungskommission der Städtischen Werke Schaffhausen**

---

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung den Bericht und Antrag des Büros vom 10. Februar 2009 und die anlässlich der Ratsdebatte genehmigte Änderung mit **25 : 10 Stimmen** wie folgt gut:

1. Das einfache Sitzungsgeld nach Art. 10 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates wird auf Fr. 130.-- festgesetzt.
2. Die Grundentschädigung nach Art. 10 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates und nach Art. 21 Abs. 1 der Verordnung über die Organisation und Geschäftsführung der Städtischen Werke Schaffhausen wird auf jährlich Fr. 1'000.-- festgesetzt.
3. Die neuen Ansätze gelten mit Wirkung ab 1. Januar 2009.

## **BEGRÜSSUNG**

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, eröffnet die zweite Sitzung des Jahres 2009 mit der Begrüssung des Herrn Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Kämpfer und Peter Neukomm, der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter sowie der Gäste auf der Tribüne. Speziell begrüsst wird der Jungpolitiker Till Hardmeier mit den besten Wünschen für einen guten Start und viel Freude an der Ausübung seines Amtes im Dienste der Einwohnergemeinde Schaffhausen.

### **Mitteilung der Ratspräsidentin:**

„Bevor wir zum offiziellen Teil der Sitzung schreiten, möchte ich mich bei dieser Gelegenheit nochmals bei allen Fraktionen für die überaus grosszügigen Geschenke anlässlich meiner Wahl bedanken. Mein Haupt ist dank FDP bereits mit einem technisch hoch stehenden Velohelm versehen worden und die Fotos sowie die Film-CD von Dieter Amsler sind schon oftmals interessierten Freundinnen und Freunden, Verwandten und Bekannten vorgespielt worden.

Das Buch von der OeBS/CVP/EVP-Fraktion samt den vielen Schokoriegeln ist auch schon verschlungen und Zauberhut und Zauberstab als willkommene Spielvariante für unsere Enkelkinder in spe in Beschlag genommen worden.

Dank SVP/JSVP/EDU-Fraktion tauchen am Horizont schon Vorfreuden auf den kommenden Sommer auf, wenn wir mit unserem Wohnmobil samt den geschenkten Büchern durch Schweden reisen. Den geschenkten Wein werden mein Mann und ich allerdings vor Antritt der Reise bereits getrunken haben.

Vielen herzlichen Dank an meine eigene Fraktion, der SP/AL-Fraktion, für die gelungene Darbietung und die grosszügigen Geschenke.

Wir kommen nun aber wie folgt zur Ratssitzung:

Das Abstimmungsresultat über das neue Schul- und Bildungsgesetz im Kanton Schaffhausen hat die Stadt Schaffhausen in eine unerfreuliche Situation gebracht. Sie alle kennen die Problematik; die TAG-Schulen sind gefährdet. Um einer Rückführung in Vorsteherschulen entgegen zu wirken, hat sich der Schulrat mit dem Stadtrat bereits vergangene und diese Woche intensiv beraten und wird aus der Vorlage *Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen/Strukturreform Stadtschulrat* eine Notvorlage erarbeiten, deren Beratung keine Zeitaufschiebung zulässt. Die Vorlage wird Ihnen nach der Behandlung im Stadtrat schnellstmöglich zugestellt und vermutlich an der nächsten Sitzung auf Antrag des Büros zugewiesen. Ziel ist es, die Vorlage bis spätestens 31. März, eventuell sogar bereits am 17. März 2009 an der Sitzung des Grossen Stadtrates zu behandeln.

Vor unserer heutigen Ratssitzung hat sich die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit konstituiert und sicherlich bereits Sitzungstermine vereinbart. Sie ist nun bereit, die sehr arbeits- und zeitintensiven Vorlagen vorzubereiten und in den Rat zu bringen. Ich wünsche der Fachkommission konstruktive und konsensfähige Sitzungen.

Es ist noch anzufügen, dass entgegen der Sitzungseinladung nicht mit einer Inpflichtnahme der Kommissionsmitglieder operiert wurde. Der Stadtrat verzichtete darauf und wird dies auch bei der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport sowie bei der Geschäftsprüfungskommission (GPK) wegen fehlender städtischer Ausführungsbestimmungen zu Art. 44 der Kantonsverfassung

gleich handhaben. Die Fachkommission für Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport sowie die GPK treffen sich am Donnerstag, 19. Februar 2009, zu ihrer ersten Sitzung. Auch hier wünsche ich einen guten Verlauf und ebenfalls effiziente Vorberatungen.

Ich möchte Sie an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass wir im Laufe des Abends die personelle Besetzung der Spezialkommissionen der Vorlagen des Stadtrates *Schulraumplanung 2008 bis 2017*, *Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der "Bachstrasse" und "Munothalde"* und *Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes* sowie erste Sitzungsdaten bekannt geben werden. Die entsprechenden Formulare zirkulieren, und ich bitte Sie, diese auszufüllen und bis zum Ende der Sitzung an mich zum Verlesen auszuhändigen.

Ich möchte ebenfalls in Erinnerung rufen, dass die Fraktionspräsidenten per Post die Einladung zum Jahresgespräch *Stadtrat und Parteien 2009* am Donnerstag, 26. Februar 2009, 17.00 Uhr, im Museum zu Allerheiligen erhalten haben. Der Stadtrat erwartet Dreierdelegationen. Ich bitte die verantwortlichen Fraktionspräsidenten den Termin wahrzunehmen und Teilnehmende aufzubieten.

#### **Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:**

- Aktualisierte Sitzordnung des Grossen Stadtrates
- Voranschlag 2009 sowie Bericht und Kommentare zum Voranschlag 2009
- Kleine Anfrage 1/2009 von Dr. Raphaël Rohner (FDP) vom 12.02.09: Impulsprogramm zur Belebung der Wirtschaft
- Bericht und Antrag des Büros vom 10.02.09: Neufestlegung des Sitzungsgeldes des Grossen Stadtrates und Festlegung der Grundentschädigung für die ständigen Kommissionen des Grossen Stadtrates und die Verwaltungskommission der Städtischen Werke Schaffhausen

#### **PROTOKOLL**

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 1 vom 13. Januar 2009 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt wie üblich auf dem Kanzleitisch der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Die Ratspräsidentin weist darauf hin, dass allfällige Änderungsanträge gemäss neuer GO innerhalb von 10 Tagen ab Aufliegen des Protokolls an der Ratssitzung an das Büro gerichtet werden können, welches abschliessend darüber entscheidet. Die Veröffentlichung des Ratsprotokolls im Internet erfolgt wie bisher am Folgetag der Bürositzung. Sofern Änderungen erfolgen, wird dies speziell vermerkt.

#### **TRAKTANDENLISTE**

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

#### **Wortmeldung Kurt Zubler (SP):**

"Marianne Schwyn hat - wie viele Kolleginnen und Kollegen von hüben und drüben - im Zuge der Ratsverkleinerung die Wiederwahl im letzten Jahr nicht geschafft; sie steht jedoch auf Platz 1 der nachrückenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Ende letzten Jahres hat mich Marianne Schwyn gebeten, die Begründung ihrer Motion *Mobilitätsberatungen für Unternehmen und Private* zu übernehmen und im

Rat zu vertreten, wozu ich mich gerne bereit erklärte, da ich mit ihr inhaltlich übereinstimme. Ausserdem hat mich Marianne Schwyn umfassend dokumentiert. Heute steht diese Motion auf der Traktandenliste. Wie Sie den Medien entnehmen konnten, hat Willi Hefti leider seinen Rücktritt eingereicht. Marianne Schwyn wird in zwei Wochen wieder im Grosse Stadtrat sein, sie ist vom Stadtrat bereits als gewählt erklärt worden.

Ich bitte Sie deshalb, das Traktandum 4 von der heutigen Traktandenliste zu streichen; es dient der Sache und der Authentizität, wenn die Motionärin ihre Motion persönlich begründen und vertreten kann. “

Der Grosse Stadtrat stimmt der Streichung von Traktandum 4 stillschweigend zu.

**Traktandum 1            VdSR Schule für Haushalt und praktische  
Lebensgestaltung (SHPL) - Beibehaltung der  
kostenoptimierten Freizeitkurse**

---

**Walter Hotz (FDP)**

**GPK-Sprecher**

”Gerne möchte ich am Anfang meiner Ausführungen auf zwei Fragen kommen, die im Zusammenhang mit der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung regelmässig für Zündstoff sorgen.

Erste Frage: Was ist eigentlich die SHPL, eine Schule, die für alle Bürger Weiterbildung in den Bereichen Nähen, Werken und Gestalten, Floristik und Dekoration, Kinderkurs, Gesundheit und Lebensgestaltung und Kochen anbietet oder eine staatliche Einrichtung, die auf Kosten des Steuerzahlers kostenoptimierte Freizeitangebote anbietet?

Zweite Frage: Wer soll Weiterbildung und Freizeitangebote anbieten und bezahlen, der Staat oder Private? Es sind zwei Fragen, die eng miteinander verknüpft sind.

Kernfrage 1: Was gehört zu kostenoptimierten Freizeitkursen?

Sicher können wir nicht mehr von einer Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung sprechen. Das heisst, dass die Bezeichnung, die sicher noch vor 30 – 50 Jahren ihre Berechtigung hatte, heute falsch und nicht korrekt ist. Heute handelt es sich eindeutig um ein staatliches Kursangebot. Ein Kursangebot, das in der Vergangenheit und auch heute noch viel zu hohe Verwaltungskosten verursacht.

Die Verwaltungskosten waren fast bei allen GPK Mitglieder an der ersten Sitzung, bei der wir die Vorlage behandelt haben, der Hauptdiskussionsgrund. Auf Seite 4 der Vorlage können Sie die finanzielle Situation anhand einer Grafik und Zahlen entnehmen. Im Jahr 2007 lag der Aufwand bei Fr. 169'200.--, im Budget des Jahres 2008 bei Fr. 198'000.-- und im Jahr 2009 ist der Budgetaufwand mit Fr. 183'400.-- aufgeführt. Diese Kosten sind gegeben und Sie können sie auch genau berechnen.

Beim Ertrag sieht es allerdings anders aus. Bei diesen Zahlen müssen Sie von Annahmen ausgehen, weil Sie nie genau die Kurseilnehmerzahl kennen und somit keine genauen Zahlen über die Einnahmen haben. Schlau wie der Stadtrat ist, hat er auf der Seite 5 der Vorlage nur noch den Nettoaufwand aufgeführt, das heisst der Stadtrat präsentiert Zahlen, die ab dem Jahr 2008 auf Annahmen basieren. Erwähnt sei hier noch, dass die Zahl Fr. 88'400.--, Nettoaufwand im Jahr 2008, falsch ist;

richtig sollte es heissen Fr. 91'700.--.

Wenn Sie nämlich auf Seite 8 der Vorlage nachsehen und die drei Varianten studieren, so werden Sie sehen, dass *SHPL-Kurse optimiert*, geschätzter Nettoaufwand von Fr. 50'000.-- bis Fr. 60'000.-- Franken ab dem Jahr 2012 rund Fr. 75'000.-- (ohne Kantonssubventionen), *SHPL-Kurse reduziert* immer noch einen Nettoaufwand von Fr. 35'000.--, beziehungsweise ab dem Jahr 2012 Fr. 55'000.-- (ohne Kantonssubventionen) verursachen. Die dritte Variante *Verzicht/Auslagerung der SHPL-Kurse* verursacht keine Kosten, wobei man dies bei einer Auslagerung noch nicht so sicher sagen kann.

Nun, der Stadtrat will am bisherigen Kursangebot festhalten, das heisst an der Variante *SHPL-Kurse optimiert*, im Glauben, dass er mit den vorgeschlagenen Kostenoptimierungen betriebswirtschaftlich handelt. Der Stadtrat macht sich keine Gedanken über die Rentabilität, denn wenn der Stadtrat, beziehungsweise der Grosse Stadtrat, dieser Variante zustimmen sollte, werden nicht wirklich Kosten beim Aufwand eingespart. Beachten Sie beim Verkleinern des Kursangebotes, dass die Verwaltungskosten zu den Einnahmen umso aufwendiger und grösser werden. Deshalb wird der Stadtrat früher oder später das Angleichen der Kurskosten an den Markt nicht vermeiden können.

Kernfrage II: Wer soll Weiterbildung und Freizeitangebote anbieten und bezahlen, der Staat oder Private?

Die zweite Kernfrage lautet: Welche Weiterbildung und Freizeitangebote bietet der Staat an und welche Private?

An sich – dies dürfen wir nicht vergessen – ist die Weiterbildungslandschaft marktwirtschaftlich organisiert. Dies ist nach meiner Ansicht auch richtig so. Doch es ist auch so, dass der Staat in diesem Bereich aktiv ist. Dies ruft regelmässig private Anbieter auf den Plan. Sie sehen diese Einrichtungen als Konkurrenz und bezichtigen sie der Wettbewerbsverzerrung.

Ich gebe zu, dass der Staat darauf achten muss und zu sorgen hat, dass die Weiterbildung und die Freizeitangebote für alle Bürgern gewährleistet ist. Der Staat hat auch in diesen Bereichen den Service public zu garantieren, das heisst er muss dort einspringen, wo Weiterbildung und Freizeitkurse für eine bestimmte Zielgruppe nicht zu erschwinglichen Preisen von Privaten angeboten wird. Dabei kann er selber als Anbieter auftreten oder privaten Anbietern entsprechende Leistungsaufträge erteilen.

Die Aufgabe des Staates ist eine klassisch subsidiäre (helfend/unterstützend), und diese helfende und unterstützende Aufgabe des Staates muss man beim Angebot der Kurse, welcher die städtische Verwaltung SHPL anbietet, mehr als hinterfragen.

Die städtische Verwaltung muss mit privaten Anbietern Kontakt aufnehmen; ich denke hier insbesondere an die Klubschule der Migros. Der Stadtrat darf sich doch nicht einfach auf einen Satz aus seinem Leitbild berufen, ich zitiere: „*Die Stadt unterstützt lebenslanges Lernen*“. Die Frage sei erlaubt, ob Kursangebote wie beispielsweise Einkaufstasche aus PVC, Oster-Huhn aus Gips, gefilzte Dekorations-Hühner, Schachtel mit Stulpdeckel, das typische Tages-Make up, Tierkommunikation und so fort als lebenswichtig anzusehen sind. Wäre es nicht wichtiger allenfalls Kurse anzubieten, die mit dem wirklichen Leben im Alltag zu tun haben? Zum Beispiel: Erste Schritte am PC, E-Banking, Verkehrskunde, Ernährung rund um die

Uhr.

Alle Kursbeispiele, die ich aufgeführt habe, können Sie bei verschiedenen privaten Anbietern bereits belegen. Bleibt noch der gesellschaftliche Aspekt für Menschen im AHV-Alter. Dieser Aspekt wurde in der GPK ebenfalls angesprochen. Glauben Sie wirklich, dass die städtische Verwaltung hier Handlungsbedarf hat, bei so vielen anderen Institutionen?

Bleibt noch die Frage des Kurses „Kleidernähen als Semesterkurs“. Auch hier besteht kein Notstand, es gibt Kurse an der Klubschule Migros unter Mode, Stoff und Garn; es gibt eine Nähstube beim Schweizerischen Arbeiterhilfswerk, die dieses Angebot auch als Tagesstruktur anbietet.

Sie sehen, meine Damen und Herren, das Angebot wird weiter bestehen, auch wenn der Grosse Stadtrat heute der GPK folgen wird. Wir haben nämlich mit 3:2 Stimmen, bei zwei Abwesenheiten, Abschaffung der SHPL-Kurse beschlossen.

Zum Schluss möchte ich noch festhalten, dass gerade der Stadtrat in seinem Zwischenbericht vom 2. September 2008 „Projekt Optimierungspotenzial (OPTI)“ unter dem Titel Ansatzpunkte „Massnahmen zur Aufwandreduktion“ schreibt: *Aufzeigen von sinnvollen Auslagerungen von Aufgaben mittels Leistungsauftrag.*

Herr Stadtrat Hunziker, werden Sie aktiv und nehmen Sie Kontakt mit den verschiedenen Anbietern von Freizeitkursen auf und spannen Sie zusammen. Das sind Optimierungsmöglichkeiten und nicht Gebührenerhöhungen. Wir müssen immer ein Auge darauf haben, dass kein Ausbau des Dienstleistungsstaates, für verschiedene Einrichtungen erfolgt, denn damit droht der Bürger zum blossen Konsumenten staatlicher Leistungen zu mutieren. Der Bürger holt bei der städtischen Verwaltung ab, was von ihr zu haben ist. Dieser Tendenz ist entgegenzutreten.

Frau Stadträtin, Herren Stadträte, liebe Ratsmitglieder, zeigen Sie Unternehmergeist. Wie schon erwähnt, haben die GPK-Mitglieder mit 3:2 Stimmen, bei zwei Abwesenheiten, Ablehnung der Vorlage beschlossen. Sie, werte Ratsmitglieder, haben die Möglichkeit dasselbe zu tun und lösen damit beim Stadtrat endlich eine wirtschaftlich orientierte Denkweise aus.

Erlauben Sie mir noch die die Stellungnahme der **FDP/jfsh-Fraktion** bekannt zu geben:

Wir lehnen die Vorlage ab und hoffen bei einer Ablehnung, dass der Stadtrat mit privaten Anbietern Kontakt aufnimmt und prüft, welche Kurse weitergeführt werden können. “

**Lotti Winzeler (OeBS)**

**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

”Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** wird nicht auf diese Vorlage eintreten. Zum Teil haben wir die gleichen Argumente wie bereits von Walter Hotz vorgetragen, allerdings nur teilweise.

Wir sind mit den Massnahmen zur Ergebnisverbesserung des Stadtrates nicht einverstanden. Unsere Fraktion sagt klar Ja zu einem gut ausgebauten umfassenden Kursangebot für eine sinnvolle handwerkliche und gestalterische Freizeitbeschäftigung. Dieses Angebot darf auch etwas kosten.



Mit diesem Angebot wird nebst dem Leitbild-Satz „*Die Stadt Schaffhausen fördert das lebenslange Lernen und baut ihre Weiterbildungsangebote gezielt aus*“ ein weiteres Ziel des Leitbildes erreicht: „*Die Stadt Schaffhausen bietet zeitgemässe soziale Netze*“.

In dieser Vorlage weist der Stadtrat mehrmals auf die sozialen Aspekte dieser Kursangebote hin. Als ehemalige Kursteilnehmerin kann ich bestätigen, dass die sozialen Aspekte sehr wichtige Elemente dieser Angebote sind. In den Kursen wird ein gemeinsames Ziel verfolgt, es entsteht ein Kleid oder es werden andere Produkte hergestellt. Junge und ältere Menschen, Ausländerinnen und Schweizerinnen treffen sich in diesen Kursen und sie sind im regen Gespräch miteinander. Auf ganz natürliche Art und Weise erfolgt hier Integration. Es geht hier nicht um Make up oder Tages-Make up.

Leider wird auch mit dem Szenarium „*SHPL-Kurse optimiert*“ früher oder später das Angebot beendet. Die jetzt vorgesehene Tarifierhöhung von 10-15% wirkt abschreckend. Vermutlich werden Kursteilnehmerinnen abspringen. Die Tarife sollten - wenn nötig - jährlich und moderat angehoben werden und nicht so sprunghaft wie in der Vorlage aufgeführt. Auch muss genügend Geld für die Werbung zur Verfügung gestellt werden.

Und jetzt noch eine Anmerkung zur Einführung von AHV-Tarifen:

Es kann nicht sein, dass eine bestimmte Generation - egal, ob vermögend oder mit wenig finanziellen Mitteln ausgestattet - eine Tarifiermässigung erhält und anderen Generationen, die es zum Teil noch nötiger haben, diese Möglichkeit verwehrt ist. Der Graben zwischen Arm und Reich ist bei älteren Menschen sehr gross. Aus diesem Grund muss auch bei der älteren Generation differenziert werden, aber es kann nicht sein, dass reiche ältere Menschen einen ermässigten Tarif erhalten auf Kosten der Familien. Ich möchte den Stadtrat bitten, dass er Solidarität über alle Generationen hinweg wahrnimmt.

Wie gesagt, das Kursangebot soll erhalten bleiben, und es darf auch etwas kosten. Auch wir sind der Meinung, dass die Kosten optimiert werden können. Einsparpotential sollte bei der Administration möglich sein; hier stimme ich mit Walter Hotz überein. Diese ist im Verhältnis zu den übrigen Kosten sehr hoch.

Wir sind der Ansicht, dass hier überprüft werden muss, ob nicht mit einem andern Anbieter Synergien - wie bereits von Walter Hotz erwähnt - genutzt werden können. Wieso eine eigene Software für die Kursverwaltung anschaffen? Wieso so hohe Präsenzzeiten im Sekretariat? Es gibt genügend andere Anbieter, welche diese Aufgabe auch wahrnehmen. Wieso lagert man einen Teil der Administration nicht aus? Aus meiner Sicht wurde diesbezüglich das Synergiepotential mit andern Anbietern, wie beispielsweise Elternbildung, Pro Juventute, Rotes Kreuz oder Migros Klubschule, nicht geprüft.

Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion bittet den Stadtrat nochmals über die Bücher zu gehen und eine Vorlage auszuarbeiten, welche eine Beibehaltung der Freizeitkurse sicherstellt. “

**Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**

**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** begrüsst es, dass die Stadt Schaffhausen bei den hauswirtschaftlichen Kursen sparen will. Unsere Fraktion ist der Ansicht, dass die

Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL) grundsätzlich erhalten bleiben, sich jedoch auf das Wesentliche konzentrieren soll.

Unsere Fraktion favorisiert daher die Variante "*SHPL-Kurse reduziert*" wie auf Seite 8 der Vorlage beschrieben und wird in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

Wir sind der Auffassung, dass die Stadt die bewährten und sehr gut ausgelasteten Semester-Nähkurse weiterhin anbieten sollte, zumal hier ein adäquates privates Angebot fehlt. Es geht nicht an, dass die langjährigen treuen Kursteilnehmerinnen vor den Kopf gestossen werden.

Zudem weisen die Semester-Kurse einen geringen administrativen Aufwand auf. Dennoch sind auch bei dieser Variante weitere Einsparungsmöglichkeiten, wie sie in der Vorlage dargelegt sind, zu prüfen. Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion erachtet es hingegen als entbehrlich, dass die Stadt weiterhin Kurzkurse anbietet, zumal dieses Segment auch von privaten Anbietern abgedeckt wird und laut Vorlage die Auslastung der Kurse teilweise zu wünschen übrig lässt. Hinzu kommt, dass die administrativen Kosten gerade in diesem Bereich viel zu hoch sind.

In diesem Sinne wird die SVP/JSVP/EDU-Fraktion auf die Vorlage eintreten und bei den Anträgen unter Ziffer 2 folgenden Antrag stellen:

Antrag 2: Der Grosse Stadtrat stimmt der Beibehaltung der Freizeitkurse SHPL gemäss Szenarium "*SHPL-Kurse reduziert*" zu. "

### **Christoph Lenz (AL)**

### **SP/AL-Fraktionserklärung**

"Die **SP/AL-Fraktion** wird dem Stadtrat mit seinem Vorschlag "*SHPL-Kurse optimiert*" folgen. Der Hauptgrund liegt darin, dass das lebenslange Lernen heutzutage eine sehr hohe Bedeutung hat, und zwar in allen Altersgruppen. Dazu können die SHPL-Kurse viel beitragen, und hier - Walter Hotz - glaube ich, dass der Staat ins Spiel kommt, weil er nämlich ebenfalls ein grosses Interesse daran hat, dass seine Bürger eine gewisse geistige Flexibilität bewahren. Solange private Anbieter es nicht besser wie der Staat machen können, hat dieser durchaus eine Berechtigung. Bislang haben Private der SHPL nicht den Rang abgelaufen, was man auch an den Teilnehmerzahlen erkennen kann.

Die SHPL erfüllt aber auch einen anderen Nutzen: Sie sorgt dafür, dass das soziale Netzwerk aufrechterhalten wird; Teilnehmende können Anschluss und Freunde finden. Es ist eine sinnvolle Betätigung gerade auch für Personen, die vielleicht ins Rentenalter kommen und neben Haushalt oder Werkstatt aktiv sein möchten. Die SHPL-Kurse sind breit anerkannt.

Wie sieht die Vorlage aus? Ich bin grundsätzlich ein Befürworter des OPTI-Projektes, das Synergien finden, zu Tage bringen und fördern soll, damit Einsparungen nicht auf Kosten des Service public gemacht werden.

Ein Grossteil der in der Vorlage erwähnten Reduktionen sind jedoch sehr heikle Eingriffe in ein System, das bisher gut funktioniert hat. Deshalb hat sich die SP/AL-Fraktion für das Szenario "*SHPL-Kurse optimiert*" ausgesprochen. Es kann nicht sein, dass für eine Einsparung von vielleicht Fr. 15'000.-- - Fr. 20'000.-- jährlich derart massiv eingeschränkt wird.

Die SP/AL-Fraktion sieht keine Verhältnismässigkeit und empfiehlt auch der SVP/JSVP/EDU-Fraktion das *“SHPL-Kurse optimiert”*-Szenarium anzustreben. Die Kurzurse bieten eine gewisse Flexibilität, die bei den Kursteilnehmenden sehr gefragt ist; ich glaube nicht, dass es sich lohnt, das ganze Kursangebot der Kurzurse aufzugeben. Wenn wir beim Budget so streng wären, hätten wir nicht ein Budget von Fr. 215 Mio., sondern nur noch von Fr. 180 Mio. - und damit einen Service public, der diesen Namen nicht mehr verdient.

Zum Votum von Lotti Winzeler: Ich hege dafür gewisse Sympathien, aber ich verstehe nicht genau, weshalb der SR eine neue Vorlage mit der Beibehaltung des Kursangebotes erarbeiten soll, wenn er mit der Variante *“SHPL-Kurse optimiert”* die Beibehaltung des Angebotes anstrebt.

Zum Votum von Walter Hotz: Ich glaube, um im Nähjargon zu bleiben, du hast ein *“Gnusch im Fadechörbli”*. Ich finde es nicht richtig, wenn du als GPK-Sprecher einzig und allein deine persönliche Meditation zu Staat, Bildungssozialismus und Steppstich zum Besten gibst; es wäre durchaus angebracht, die in der GPK sehr hart geführte Diskussion heute wiederzugeben. Ich habe keinen Unterschied zwischen der GPK-Erklärung und deiner persönlichen Meinung gefunden - diese haben sich wohl gegenseitig befruchtet.

Ich bitte Sie dem Antrag 2 *“SHPL-Kurse optimiert”* des Stadtrates zu folgen. “

### **SR Urs Hunziker**

### **Stellungnahme Stadtrat**

”Ich stelle fest, dass ich heute Abend eine eher schweren Stand haben werde. So weit wie die Meinungen jetzt bereits auseinander gehen, so weit gingen sie seit Jahren auseinander, und ich erlaube mir Ihnen im Anschluss einige Fakten der Vorgeschichte zu schildern, die zu dieser Vorlage geführt haben.

Die Freizeitkurse der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung SHPL haben eine lange und wechselvolle Geschichte, die mich seit der ersten Arbeitswoche vor gut acht Jahren begleitet. Angegliedert an einer Schule mit drei weiteren Abteilungen waren die Kurse erstmals vor meinem Amtsantritt ins Kreuzfeuer parlamentarischer Kritik geraten. Nach der Überführung der SHPL in einen WoV-Versuchsbetrieb wurde erstmals die mangelnde Kostendeckung des Kurswesens moniert. Bereits mein Vorgänger hatte im Jahr 2000 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine Ausgliederung des Kurswesens überprüfen sollte. Verhandlungen mit der Migros-Klubschule blieben ohne Resultat. Die Auslagerung scheiterte insbesondere an den deutlich tieferen Kursleiterentschädigungen, welche die Migros zu entrichten bereit war.

Kurz nach meinem Amtsantritt setzte die Arbeitsgruppe ihre Beratungen fort. Es würde zu weit führen, die einzelnen Schritte detailliert zu erläutern; ich beschränke mich zum besseren Verständnis der Vorlage, über die Sie heute befinden, auf die wichtigsten Massnahmen, die seit dem Jahr 2000 realisiert wurden, um das Kurswesen der SHPL bei verbessertem Kosten-/Nutzenverhältnis erhalten zu können.

Per Ende Januar 2002 kündigte die damalige Schulleiterin, die allen vier Bereichen der SHPL, also inklusive dem Kurswesen vorstand. Mit Stadtratsbeschluss vom April 2002 wurde auf die Wiederbesetzung der Stelle verzichtet und gleichzeitig die Entschädigungen der Kursleiterinnen reduziert, was den Nettoaufwand von

Fr. 130'000.-- im Jahr 2001 auf Fr. 107'000.-- im Jahr 2002 reduzierte. Mittels Kursgelderhöhungen und weiteren Reduktionen der Besoldungskosten – teils auch resultierend durch das altersbedingte Ausscheiden langjähriger Kursleiterinnen – konnte der Nettoaufwand – wie in der Vorlage beschrieben, schrittweise weiter reduziert werden und betrug im Jahr 2007 noch knapp Fr. 80'000.--.

Trotz der belegbaren Senkung des Nettoaufwandes im Verlauf der letzten Jahre war das Kurswesen der SHPL immer wieder Gegenstand von Diskussionen in der GPK und im Grossen Stadtrat.

Im Zusammenhang mit dem gegen Ende 2006 gestarteten Projektes Optimierung der städtischen Finanzen wurde deshalb auch das Kurswesen der SHPL einer vertieften Betrachtung unterzogen. Ziel der Überlegungen war es, für das Parlament eine Grundlage zu schaffen, auf welcher es entscheiden könnte, ob das Kurswesen weiterhin erhalten bleiben soll oder ob auf dieses Angebot verzichtet werden müsse. Auf die drei vorgeschlagenen Varianten brauche ich nicht weiter einzugehen, sie liegen Ihnen vor.

Der Stadtrat empfiehlt dem Grossen Stadtrat weiterhin am bisherigen, jedoch noch einmal optimierten Kursangebot festzuhalten. Er sieht in den Kursen primär einen sozialen Aspekt, der namentlich auch der Vereinsamung älterer Menschen entgegenwirken kann. Gerade für ältere Menschen mit geringem Einkommen sind die Kurse – im Gegensatz zu den Angeboten Privater – noch erschwinglich.

Wer einmal einen der Kurse besucht hat, wird sich sicher überzeugt haben, in welcher guten Atmosphäre jüngere und ältere „Semester“ gemeinsam werken, nähen oder kochen. Für viele ersetzen die gemeinsamen Kursstunden weg gebrochene Teile ihres sozialen Netzes und leisten damit einen nicht zu unterschätzenden Dienst an unserer Gesellschaft.

Wenn wir den Nettoaufwand wie beschrieben auf Fr. 50'000.-- bis Fr. 60'000.-- pro Jahr reduzieren, bin ich überzeugt, dass wir damit ein sinnvolles Angebot mit einem sehr guten Kosten-/Nutzenverhältnis aufrecht erhalten können; ganz abgesehen davon, dass unsern Kursleiterinnen in einem nicht einfacher werdenden wirtschaftlichen Umfeld zumindest eine Teilzeitbeschäftigung erhalten bleibt.

Ich bitte Sie deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. “

**Walter Hotz (FDP)**

**GPK-Sprecher**

”Ich möchte die Ratspräsidentin auf Art. 37 Abs. 3 der neuen Geschäftsordnung aufmerksam machen - und dies ganz schüchtern.

Zum Votum von Christoph Lenz: Ich finde es lustig, dass du von harten Diskussionen in der GPK sprichst und an der zweiten GPK-Sitzung gar nicht anwesend warst. Du hast Recht, ich kann weder stricken noch häkeln - und bin trotzdem seit 39 Jahren verheiratet.

Zum Votum von SR Urs Hunziker:

Er macht einfach einen Überlegungsfehler. Wenn das Kursangebot reduziert wird, bleiben die Verwaltungskosten trotzdem gleich hoch. Ich verstehe nicht, dass dies nicht akzeptiert wird. Den Vorwurf, das Kursangebot ins Lächerliche zu ziehen, weise ich zurück. Ich habe nur das Kursangebot, das am 6. Januar 09 in den Schaffhauser

Nachrichten erschien, kopiert und vorgelesen und frage Sie an dieser Stelle nochmals, welches sind die Kurse, die wirklich lebensnotwendig sind? Gegen das Kleidernähen in Semesterkursen habe ich nichts einzuwenden; wie bereits ausgeführt, könnten diese Kurse ausgelagert werden. Schlenkerhase à la Dilda, Damen- oder Kinderhosen mit Gummizug, Töpfern und Modellieren, Schwarzenberger Krippenfiguren, gefilzte Finken, gefilzte Dekorationshühner und Eier, Filz auf dem Ostertisch, Osterhuhn aus Gips ....

*An dieser Stelle erinnert die Ratspräsidentin Walter Hotz daran bei der Vorlage zu bleiben.*

Ich bin bei der Sache und spreche über die Kurse an der SHPL. Ich wurde persönlich angegriffen, ich hätte das Kursangebot ins Lächerliche gezogen. Deshalb lese ich Ihnen jetzt das *tatsächliche* Kursangebot vor - damit Sie sich auch wirklich davon überzeugen können. Es tut mir leid, aber so werden wir die städtischen Finanzen nie ins Lot bringen können, nicht mit so einem Stadtrat. “

### **Lotti Winzeler (OeBS)**

### **Votum**

”Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion geht davon aus, dass die Vorlage bei Nichteintreten an den Stadtrat zurückgeht, welcher diese überarbeiten wird - und nicht, dass die Vorlage dann “beerdigt” ist.

Die Erhaltung des Kursangebotes ist für uns sehr wichtig. Ich bin der Meinung, dass mit der vorliegenden Vorlage das Kursangebot sozusagen durch die Hintertür beerdigt wird. Früher oder später werden die Teilnehmenden abspringen, und es steht zuwenig Geld für die Werbung zur Verfügung. Das sind die Gründe, warum wir eine Überarbeitung der Vorlage wollen.

Zu den Voten von Christoph Lenz und SR Urs Hunziker folgende Bemerkung:

Sie sprechen von der älteren Generation. Es geht hier vor allem darum, dass man jüngere und ältere Menschen zusammen bringt. Ginge es einzig um die ältere Generation, dann existiert ein grosses Angebot an Kursen bei pro senectute, welches teilweise auch subventioniert wird und nicht konkurrenziert werden sollte. Aber hier sprechen wir von einem anderen Ansatz: Es geht um generationenübergreifende Angebote. Wir haben mit den Kursen der SHPL die Möglichkeit, ein *konkretes* Angebot - und kein künstlich arrangiertes Gefüge - zu erhalten.

Thema Einheitstarif/Ermässigung: Es wäre sinnvoll, einen Einheitstarif auszuarbeiten. Wenn jemand finanzielle Schwierigkeiten hat, muss ein Entgegenkommen möglich sein. Es kann jedoch nicht sein, dass eine Generation bevorzugt wird; dies ist natürlich immer auch abhängig von der Lobby. Das Ganze soll keineswegs als Sparvorlage ins Parlament gelangen; wir sind bereit gewisse Mittel auszugeben. Zu Walter Hotz möchte ich sagen, dass es hier nicht um lebensnotwendige Kurse geht, sondern hauptsächlich um soziale Aspekte, um lebenslanges Lernen. “

Die **Ratspräsidentin** möchte von der OeBS/CVP/EVP-Fraktion wissen, ob ein Rückweisungsantrag an den Stadtrat oder Nichteintreten auf die Vorlage beantragt wurde.

**Lotti Winzeler (OeBS)** bestätigt, dass der gestellte Antrag auf *Nichteintreten auf die Vorlage* lautet.

**SR Urs Hunziker**

**Stellungnahme**

"Ich gestehe gewisse Probleme mit den verschiedenen Voten zu haben. Was passiert, wenn wir eine neue Vorlage erarbeiten, die der OeBS/CVP/EVP-Fraktion genehm ist? Wir stehen trotzdem in einigen Monaten wieder am gleichen Ort wie heute.

Ich würde beliebt machen, auf die Vorlage einzutreten und bitte diejenigen, die ihr zustimmen wollen, dies zu tun; die anderen sollen ablehnen. Seit 8 Jahren bemühe ich mich darum, diese Kurse aufrecht zu erhalten. Es geht keineswegs darum, die Kurse auf die erwähnte Art und Weise beerdigen zu wollen, sondern darum, dass die ewigen Diskussionen im alten und jetzt scheinbar auch im neuen Parlament endgültig vom Tisch sind und nicht bei jeder Budgetdebatte erneut entstehen. Dies ist das deklarierte Ziel der Vorlage.

Der Stadtrat hat versucht, eine ausgewogene Vorlage auszuarbeiten, die möglichst allen Ansprüchen Rechnung trägt. Es stellt sich die Frage, an wen die Vorlage bei einer Rückweisung zurückgewiesen wird, ob an die vorberatende Kommission, in diesem Fall die GPK? Meiner Meinung nach kann nur auf eine Vorlage eingetreten oder nicht eingetreten werden, im letzteren Fall ist sie dann vom Tisch. Zurückweisen an den Stadtrat kann man eine Vorlage nicht. "

**Iren Eichenberger (OeBS)**

**Votum**

"Ich riskiere folgenden Vorschlag, da ich für SR Urs Hunziker Verständnis habe. Es ist tatsächlich so, dass wir uns allenfalls in den "dummen Rank" begeben. Ich habe keine grosse Hoffnung, dass wir in einigen Monaten freudestrahlend eine Mehrheit finden.

Was ich in der Argumentation wirklich schwierig finde, ist die unterschiedliche Tarifierung für AHV-Bezüger. Da begeben wir uns in eine inkonsequente Haltung gegenüber der VBSH. Wir wollten die Bustarife vereinheitlichen, weil es generell nicht mehr haltbar ist, dass *alle* AHV-Bezüger von einer Reduktion profitieren. Es ist ein Giesskannenprinzip, das einschenkt, respektive ausleert, und daher verzichten wir darauf. Und jetzt wollen wir hier eine gleichermassen argumentierende Begründung gelten lassen - dies finde ich schwierig.

Verschiedene Fraktionen haben sich heute entschieden und begründet, dass diese Kurse tatsächlich ihren Wert haben. Wir könnten deshalb mit einer Variante "*SHPL-Kurse optimiert*" leben, allerdings mit dem Zusatz, dass eine Härtefallregelung möglich ist, die sehr unkompliziert laufen sollte, damit wir die Kursteilnehmenden nicht verlieren. Wenn jemand nicht einen Ergänzungsleistungsausweis und einen Vermögensausweis beibringen müsste, könnte ich mir eine solche lebenswerte Variante durchaus vorstellen. Im Übrigen gibt es für ältere Menschen die Alternative in einem Parlament mitzuarbeiten, dann bleibt man auch flexibel bis 87 Jahre; dies hat uns Gerold Meier gezeigt; er war sehr flexibel und hat vermutlich nie einen Hühnerkurs besucht. "

**Peter Möller (SP)**

**Votum**

”Es ist mir zurzeit hinreichend unklar, wohin das Antragsschiff der OeBS/CVP/EVP-Fraktion schlingert. Ich möchte - wenn möglich - ein klärendes Wort aus dieser Fraktion hören.

Wenn Sie einen Nichteintretensantrag stellen, ist diese Vorlage vom Tisch, und zwar ohne Auftrag an den Stadtrat. Wenn Sie die Vorlage zur Überarbeitung zurückgeben wollen, müssen Sie eine Rückweisung beantragen. Ich bitte um Klärung, damit wir nicht über etwas Falsches abstimmen.“

**SR Urs Hunziker**

**Stellungnahme**

”Beachten Sie bitte worüber Sie bei den Anträgen effektiv abstimmen. Sie stimmen über die *Beibehaltung* der optimierten Freizeitkurse ab. Wenn Sie mit einer Zustimmung zu diesen Anträgen die Vorlage sozusagen “hinüberretten”, können Sie damit problemlos auch gewisse Forderungen verbinden, die in den Materialien zu dieser Vorlage - nämlich im Protokoll der heutigen Ratssitzung - enthalten sind. Allerdings müsste dann separat über die Aufnahme des gewünschten Sozialtarifs abgestimmt werden.“

**Lotti Winzeler (OeBS)**

**Votum**

”Ich danke Peter Möller für die Nachfrage. Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion stellt natürlich einen *Rückweisungsantrag*, da wir mit der Vorlage nicht einverstanden sind. Es geht nicht nur um den Tarif für AHV-RentnerInnen, sondern darum, dass wir auch damit das Kursangebot durch die Hintertür beerdigen.

Wir bitten den Stadtrat auf der Basis der heutigen Diskussion eine verbesserte Vorlage auszuarbeiten und vielleicht kann sogar die FDP mit ins Boot geholt werden, wenn eine vermehrte Prüfung allfälliger Synergieeffekte im Bereich der Administration gemacht wird.“

Da nunmehr kein Antrag auf Nichteintreten vorliegt, ist EINTRETEN beschlossen.

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, lässt über den von der OeBS/CVP/EVP-Fraktion gestellten Rückweisungsantrag abstimmen.

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 27 : 7 Stimmen ab.

**DETAILBERATUNG**

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest die Seiten 1-9, die Anträge auf Seite 10 sowie die Beilage wie folgt:

**ANTRÄGE**

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 4. November 2008 betreffend die Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung, Beibehaltung der kostenoptimierten Freizeitkurse. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Beibehaltung der Freizeitkurse SHPL gemäss Szenarium "SHPL-Kurse optimiert" zu.

**Wortmeldung Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):**

"Ich stelle Antrag auf Beibehaltung der Freizeitkurse gemäss Szenarium "SHPL-Kurse reduziert" wie auf Seite 8 der Vorlage. "

**Wortmeldung Lotti Winzeler (OeBS):**

"Ich stelle Antrag auf Beibehaltung der Freizeitkurse gemäss Szenarium "SHPL-Kurse optimiert" gemäss Vorlage des Stadtrates, mit der Ergänzung, dass die in der Vorlage erarbeitete Tarifstruktur zu überprüfen ist. "

**Abstimmung:**

1. Antrag Vorlage	0 Stimmen
2. Antrag Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)	16 Stimmen
3. Antrag Lotti Winzeler (OeBS)	18 Stimmen

**Resultat:**

Der Grosse Stadtrat heisst den von Lotti Winzeler (OeBS) gestellten Antrag mit 18 Stimmen gut.

**Antrag 2 lautet neu wie folgt:**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Beibehaltung der Freizeitkurse SHPL gemäss Szenarium "SHPL-Kurse optimiert" zu. Die in der Vorlage erarbeitete Tarifstruktur ist zu überprüfen.

**SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 4. November 2008 mit der vom Rat genehmigten Änderung mit **18 : 16 Stimmen** gut.

**Das Geschäft ist erledigt.**

**Traktandum 2            Antrag des Büros: Neufestlegung des Sitzungsgeldes des Grossen Stadtrates und Festlegung der Grundentschädigung für die ständigen Kommissionen des Grossen Stadtrates und die Verwaltungskommission der Städtischen Werke Schaffhausen**

---

Die Ratspräsidentin, **Christa Flückiger (SP)**, erläutert das Vorgehen wie folgt:

"Da der Bericht und Antrag entgegen den ersten Beratungen in der Version einer Vorlage erstellt wurde, sehe ich keinen Grund in zwei Etappen darüber zu beraten.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, die Traktanden 2.1 und 2.2 in ein einfaches Traktandum 2 umzuwandeln. Die Beratung erfolgt artikelweise, die Schlussabstimmung erfolgt wie immer mit mehreren Anträgen über das Ganze, gemäss GO vom 09.12.08.

Ich hoffe auf Ihr Einverständnis und bitte die 1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP), Bericht und Antrag des Büros vom 10.02.09 vorzutragen. „



**Theresia Derksen (CVP)**

**Begründung**

Die Begründung des Büros des Grossen Stadtrates betreffend Festlegung des Sitzungsgeldes und Festlegung der Grundentschädigung für die ständigen Kommissionen des Grossen Stadtrates und der Verwaltungskommission der Städtischen Werke Schaffhausen lautet wie folgt:

Die Erhöhung der Entschädigung für die Parlamentssitzungen mag gegenüber der heutigen Regelung relativ hoch erscheinen. Man muss aber die Entwicklung der Ansätze im ganzen Zeitraum betrachten.

Gemäss Beschluss des Grossen Stadtrates vom 22.11.1988 wird das Sitzungsgeld jeweils dann angehoben, wenn sich der Landesindex um 10% erhöht (Basis: Oktober 1982 = 100 Punkte).

Per 01.01.1992 wurde das Sitzungsgeld auf Fr. 70.--, per 01.01.2000 auf Fr. 80.-- festgesetzt. Im Rahmen der Budgetdebatte im November letzten Jahres haben wir das Sitzungsgeld teuerungsbedingt von Fr. 80.-- auf Fr. 90.-- festgesetzt. Das Sitzungsgeld wurde also ausser im Rahmen der Teuerung noch nie angehoben oder angepasst.

Bei der Beratung der Totalrevision der Geschäftsordnung im Dezember letzten Jahres wurde darauf hingewiesen, dass man vom Büro anfangs 2009 einen Vorschlag für eine den heutigen Verhältnissen angemessene Entschädigung der Parlamentsarbeit erwarte. Dieser Vorschlag des Büros liegt Ihnen jetzt vor.

Ab dieser Legislaturperiode teilen sich 36 Mitglieder die anfallenden Arbeiten, die bisher auf 50 Grossstadträtinnen und Grossstadträte verteilt wurden. Mit der Reduktion der Anzahl Grossstadratsmitglieder steigt die zeitliche Belastung für das einzelne Mitglied an.

Von den Mitgliedern des Grossen Stadtrates wird auch ein zeitlicher Aufwand ausserhalb der entschädigten Sitzungsstunden erwartet (Studium der Unterlagen, Teilnahme an den Fraktionssitzungen, Information der Parteimitglieder).

Wenn man für jedes Mitglied einen Vorbereitungsaufwand von vier Stunden rechnet (beispielsweise 2 Stunden Fraktionssitzung und 2 Stunden Aktenstudium), zeigt die Erfahrung, dass dieser zeitliche Aufwand an der unteren Grenze der effektiven zeitlichen Belastung liegt. Die Mehrbelastung rechtfertigt eine Anpassung des Sitzungsgeldes.

Wir haben die beantragte Höhe des Sitzungsgeldes als Beispiel mit dem Sitzungsgeld des Einwohnerrates unserer Nachbargemeinde Neuhausen verglichen. Einem Mitglied des Einwohnerrates von Neuhausen wird ein Sitzungsgeld von Fr. 50.-- pro Stunde ausbezahlt. Zudem erhält es einen jährlichen Spesenbeitrag von Fr. 273.--. Bei 7 bis 8 Sitzungen des Einwohnerrates pro Jahr ergibt dies eine Spesenentschädigung von Fr. 30.-- bis Fr. 40.-- pro Sitzung. Wenn eine Sitzung wie in unserer Geschäftsordnung vorgesehen, 2,5 Stunden dauert, kommen wir auf Fr. 125.--, rechnet man pro Sitzung noch eine Spesenentschädigung von Fr. 30.-- dazu, sind wir bei Fr. 155.--.

Die Entschädigung für die Ausübung eines Parlamentsmandates kann sich nicht am Erwerbslohn, der für eine Tätigkeit in der Wirtschaft ausgerichtet wird, messen lassen. Dann müssten wir die Entschädigung höher ansetzen. Im Vergleich mit

Neuhausen gesehen rechtfertigt sich eine Erhöhung der Entschädigung pro Sitzung auf Fr. 150.--.

Mit der neuen Geschäftsordnung in Artikel 10 Absatz 2 vom 09.12.08 hat der Grosse Stadtrat beschlossen, den Mitgliedern einer ständigen Kommission zum einfachen Sitzungsgeld eine Grundentschädigung auszuzahlen. Mit eingeschlossen sind nach der Verordnung ebenfalls die Mitglieder der Verwaltungskommission der Städtischen Werke. Wichtig ist der Umstand, dass die Verwaltungskommission im Gegensatz zu den Fachkommissionen nicht ein vorberatendes Organ ist, sondern ein Geschäftsführungsorgan einer wichtigen regionalen Unternehmung mit abschliessenden eigenen Kompetenzen und der entsprechenden Verantwortung.

Das Büro des Grossen Stadtrates hat aufgrund der sehr hohen zeitlichen Belastung eine Grundentschädigung von Fr. 1000.-- beschlossen.

Die Regelung der Auszahlung der Grundentschädigung ist in Artikel 10 genau erläutert.

Das Büro des Grossen Stadtrats beantragt Ihnen auf die Vorlage einzutreten und den entsprechenden Anträgen zuzustimmen. "

**Thomas Hauser (FDP)**

**FDP/jfsh-Fraktionserklärung**

"Im Namen der **FDP/jfsh-Fraktion** beantrage ich Ihnen, auf dieses Geschäft nicht einzutreten. Dies aus folgenden drei Gründen:

1. Die Vorschläge des Büros sind unverhältnismässig und entbehren jeder vernünftigen oder plausiblen Grundlage. Ich werde Ihnen das mit Zahlenbeispielen darlegen.
2. Die enormen Mehrkosten fallen nicht nur für den Grossen Stadtrat an, sondern auch für die ganze Stadtverwaltung im Bereich Kommissionen.
3. Es ist an sich billig, mit diesen überrissenen Forderungen zeigen zu wollen, dass die von der FDP initiierte und vom Stimmvolk abgesegnete Verkleinerung des Grossen Stadtrates zu derartigen Mehrkosten führt.

Ich komme zu Punkt 1 (überrissene Forderung) und möchte Ihnen dies anhand einer kleinen Rechnung wie folgt zeigen:

Rechnen wir mit 15 Ratssitzungen und 10 Kommissionssitzungen pro Mitglied mit den abgesegneten Fr. 90.--, wobei hier die Zahl der Sitzungen keine Rolle spielt, es geht nur um das Verhältnis, so entstehen Kosten von  $25 \times 35 \times \text{Fr. } 90.--$ , das heisst Fr. 78'750.-- im Jahr gemäss altem oder bisherigem Muster, wie es auch im Voranschlag 2009 steht. Ich sehe von der Aufrechnung der Fraktionsbeiträge, die wir entschieden abgelehnt haben, ab. Merken Sie sich bitte den Betrag von Fr. 78'750.--.

Rechnen wir nun mit dem Vorschlag des Büros und den Fraktionsbeiträgen bei gleich vielen Sitzungen, so lautet die Rechnung nun  $25 \times 35 \times \text{Fr. } 150.--$ , plus 35 x Fr. 900.--, was einen Betrag von Fr. 152'750.-- ergibt.

Wenn wir diese beiden Summen vergleichen, stellen wir fest, dass die Kosten 2,1 mal höher sind. Nehmen wir gemäss Traktandum 3 noch die vorgeschlagene

Grundentschädigung von Fr. 1'000.-- pro Mitglied einer ständigen Kommission dazu, erhöht sich das Ganze nochmals um rund Fr. 30'000.--. Der Rat kostet also jährlich Fr. 192'750.--, was dem Zweieinhalbfachen des alten Musters entspricht.

Da muss man sich wirklich ernsthaft fragen, ob die Parlamentsarbeit um das Zweieinhalbfache besser oder anspruchsvoller geworden ist. Und diese Frage kann man klar und deutlich mit Nein beantworten und den Vorschlag des Büros ablehnen.

Wer dies nicht ablehnt, meine Damen und Herren, der verhält sich wie jemand in einem Selbstbedienungsladen, der seinen Korb über Gebühr füllt und beim Verlassen des Ladens den Gang zur Kasse unterlässt.

Somit komme ich zu Punkt 2 - Auswirkungen auf andere Kommissionen:

Die Sitzungsgelder, die wir heute derart über Gebühr anheben sollen, gelten nicht nur für den Grossen Stadtrat, sondern auch für alle anderen Kommissionen in der Stadt. Ich denke an die Baukommission oder andere Kommissionen, die gewisse Referate begleiten. Ich möchte wissen, ob man sich im Büro bewusst ist, was das für Mehrkosten auslöst und wie sich der städtische Voranschlag verschlechtert. So ist auch aus dieser Sicht der Vorschlag des Büros nicht annehmbar, und man kann nicht auf ihn eintreten.

Somit komme zum dritten Punkt:

Wenn jetzt die damaligen Gegner der Verkleinerung des Grossen Stadtrates einem Vorschlag der FDP, der vom Stimmvolk goutiert wurde, zeigen wollen, dass diese Verkleinerung zu Mehrkosten führt, indem man neue Abgeltungen wie Fraktionsbeiträge, eine Grundentschädigung und überrissene Sitzungsgelder fordert, so ist dies dem Stimmbürger und Steuerzahler vis-à-vis ein Affront, eine Unehrllichkeit oder gar eine Frechheit.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, aufgrund dieser Überlegungen kommen wir von der FDP/jfsh-Fraktion zum Schluss Ihnen zu beantragen, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Beilassen Sie die Sitzungsgelder dort, wo wir sie im letzten Jahr teuerungsbedingt festgelegt haben, nämlich bei Fr. 90.--. Alles andere kommt einer unmöglichen und absolut unbegründeten Bereicherung gleich. Und denken Sie daran, praktisch alle von Ihnen missbilligen die aktuelle Boni-Politik der UBS. Bei einer Zustimmung zu dieser Vorlage bewegen Sie sich aber auf dem gleichen Weg.

Zuletzt frage ich das hohe Büro noch an, ob derartige wiederkehrende Ausgaben von in etwa Fr. 100'000.-- überhaupt unseren Finanzkompetenzen entsprechen oder ob hier noch fakultative oder andere Referenden gefragt sind.

Wir sind also nicht für Eintreten auf die Erhöhung der Sitzungsgelder.

Ich komme jetzt anschliessend auf die vorgeschlagene Grundentschädigung von Fr. 1'000.-- zu sprechen, obwohl es nicht ganz dasselbe ist; das eine steht in der Geschäftsordnung, das andere nicht. Bisher war die GPK jahrzehntelange eine ständige Kommission; nie hat sich jemand bezüglich einer Grundentschädigung geäussert. Diese wurde auch gegen unseren Willen in die neue Geschäftsordnung aufgenommen. Ich muss Ihnen sagen, dass bei Fr. 1'000.-- Grundentschädigung und ungefähr 10 Kommissionssitzungen, welche jedes Ratsmitglied voraussichtlich in den ständigen Kommissionen absolvieren wird, plus für PräsidentInnen und Vorsitzende die doppelte Grundentschädigung, das heisst Fr. 2'000.--, sich eine Verdoppelung der Sitzungsgelder für das Jahr 2009 im Vergleich zu 2008 ergibt. Das

müssen Sie einmal einem Bürger erklären: Bei gleichen Aufgaben und gleichen Anforderungen eine Verdoppelung der Löhne über das Jahr.

Wenn jetzt die Leserbriefschreiber ihre Kugelschreiber wetzen und loslassen, dann muss man sagen, das ist richtig so. Beim Kantonsrat wurden magere Fr. 30.-- aufgeschlagen; das hat in der Presse arge Reaktionen ausgelöst. Wenn wir hier mit Fr. 1'000.-- Sitzungsgelder übers Jahr verdoppeln, glaubt Ihnen dies kein Mensch.

Aus diesem Grund beantragt die FDP/jfsh-Fraktion an dieser Stelle - wir können die Grundentschädigung nicht streichen, sie ist in der Geschäftsordnung verankert - einen Betrag von Fr. 100.-- Grundentschädigung. Wenn Sie mit 10 Sitzungen rechnen, können Sie zehnmal auf Kosten der Stadt in einem Restaurant etwas trinken. Das genügt.

Wir beantragen Fr. 100.-- Grundentschädigung und Nichteintreten auf die Sitzungsgelderhöhung. “

### **Urs Tanner (SP)**

### **SP/AL-Fraktionserklärung**

”Es ist schön zu hören, dass Thomas Hauser wieder vom Bock zurück ist; er ist entfesselt wie wir es uns gewohnt sind. Unbestrittene Geschäfte wie es Art. 26 der Geschäftsordnung vorsieht, werden wir wohl in den nächsten vier Jahren kaum erleben; heute auf jeden Fall nicht.

Ich gebe zu, dass es in diesen Tagen heikel ist, sich den Lohn zu verdoppeln. Das tönt nach enorm viel - nach vielen FDP-Mitgliedern und “kleinen Vasellas” - nach ganz vielen Bonis. Wovon reden wir hier eigentlich? Von einem Sitzungsgeld von Fr. 150.--. Wir reden von zweieinhalb Stunden Ratssitzung, von zweieinhalb Stunden Fraktionssitzung und von einer Stunde individueller Vorbereitung. Herr Hauser, Sie sind Mathematiklehrer, ich war bei Ihnen in der Schule und durfte das Rechnen dort lernen. Das heisst für die Ratsarbeit Fr. 15.-- pro Arbeitsstunde; wenn Sie nur ihren Allerwertesten breit drücken, ist es ein bisschen mehr - das ist auch klar.

Für die Kommissionsarbeit wäre es inklusive Grundentschädigung rund Fr. 40.--. Können wir uns jetzt an den Boni mit exorbitant vielen Nullen messen? Ich glaube nicht wirklich. Die Nullen sitzen nicht hier drin, sondern wahrscheinlich draussen und bekommen vom Bund noch ganz viel Geld. Auf dem Arbeitsmarkt würde man bei Fr. 25.-- und bei Fr. 40.-- von tiefen bis mittleren Löhnen reden. Wir haben für das ganze Parlament Fr. 100'000.-- budgetiert, ohne GPK; Fr. 70'000.-- Rat und Fr. 30'000.-- GPK; Fr. 100'000.-- mit dem alten Sitzungsgeld von Fr. 90.--. Mit den neuen Grundlagen müsste man wahrscheinlich ca. 150'000.-- bis Fr. 180'000.-- ausgeben. Darin stimmen wir ungefähr überein; das wären die Kosten für 36 Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Der Nettoaufwand für fünf Stadträte beläuft sich auf Fr. 1,14 Mio.; das heisst die Kosten des Parlaments entsprechen einem Siebtel des Gesamtstadtrates.

Die Ausgaben für das Parlament mit den neuen Grundlagen Fr. 150.-- Sitzungsgeld und Fr. 1'000.-- Grundentschädigung würden im Übrigen als Zahlenbeispiel den Einnahmen der Hundesteuern entsprechen. Ich glaube, die Hunde der Stadt würden es uns tatsächlich gönnen.

Die Sprecherin des Büros hat klar gesagt, dass Neuhausen von Fr. 50.-- pro Stunde redet und der Grosse Rat Fr. 180.-- auf vier Stunden. Unsere Vorstellungen von

einem gerechten Lohn sind also doch nicht ganz so abwegig.

Sie wissen, dass das Stadtparlament nach Gemeindegesetz und Verfassung wichtigste Aufgaben hat: Aufsicht über den städtischen Haushalt von Fr. 200 Mio. und über die Amtsverrichtungen des Gesamtstadtrates, gesetzliche Kompetenzen wie Erlass von Verordnungen, und wir haben auch die Obersicht nach Gemeindegesetz über die Gemeindeverwaltung und können via Vorstösse wichtige Inputs und Anpassungen erwirken. Sie wissen ganz genau, was nichts kostet, ist nichts wert. Es geht hier auch um eine Wertschätzung der parlamentarischen Arbeit; wer diese Arbeit mit Brotsamen abspeisen will, macht sich über sie lächerlich und will schlussendlich ein schwaches Parlament. Wenn wir diese Arbeit nicht adäquat honorieren, besteht die Gefahr, dass sie in Zukunft nur noch Chefbeamte, Banker und gut verdienende Juristen leisten können. Dies gilt es zu vermeiden. Sitzungsgelder sind gebundene Ausgaben, die gesetzliche Grundlage ist die Geschäftsordnung, die Kompetenz über die Höhe hat der Grosse Stadtrat. Das sehen nicht nur wir, sondern auch Stadtschreiber Christian Schneider so.

Eine Anmerkung zur Grundentschädigung der VK Städtische Werke:

Sie wissen, dass gewisse Zahlengerüchte zirkulierten, wonach die Grundentschädigung auf einer anderen Höhe - dies wurde allerdings abgelehnt - als diejenige des Stadtparlamentes hätte justiert werden sollen. Es macht gemäss Art. 21 der Organisationsform Sinn, die Grundentschädigung auf der gleichen Höhe wie im Rat und in den Fachkommissionen festzulegen. Eine Ungleichbehandlung würde nie verstanden. Sie wissen, dass die Städtischen Werke vor Inkrafttreten der neuen Verordnung Gelder von bis zu Fr. 500.-- (bis ins Jahr 2006) als Unkostenbeitrag/Inkonvenienzentschädigung gesprochen hatten.

Was auch klar ist, dass jemand, der in einer Kommission frühzeitig (beispielsweise nach 5 Monaten) zurücktritt, nach der ratio legis nur Anrecht auf Auszahlung eines pro rata temporis-Betrages hat. Es ist wie beim dreizehnten Monatslohn.

Es ist wichtig, dass Sie auf diese Vorlage einzutreten. Ich habe an der Fraktionspräsidentenkonferenz nicht viel andere Zahlen gehört und bin über die Ablehnung der FDP/jfsh-Fraktion ein bisschen erstaunt.

Bitte bleiben Sie bei der gemässigten Vorlage des Büros und folgen Sie dessen Überlegungen. “

**Josef Eugster (SVP)**

**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Ich glaube nicht, dass wir uns heute einig sind, welches die richtige Höhe eines Sitzungsgeldes ist und werde Ihnen einen weiteren Vorschlag unterbreiten, und zwar aus folgender Perspektive:

Nach unseren Informationen betrug das Sitzungsgeld im Jahr 1988 Fr. 70.-- für zweieinhalb Stunden, ab dem Jahr 2000 Fr. 80.-- und Ende 2008 an der Budgetdebatte wurde eine Erhöhung auf Fr. 90.-- beschlossen.

Wenn wir nun die Teuerung von 40-45% seit 1988 (wie ich heute gehört habe, waren es effektiv 43%) berücksichtigen und die Realloohnerhöhung der städtischen Angestellten seit dieser Zeit in Betracht ziehen, ist heute ein Sitzungsgeld von Fr. 130.-- gerechtfertigt. Ob damit die von einem Parlamentarier geleistete Arbeit abgegolten ist oder nicht, überlasse ich Ihnen.

Die Grundentschädigung der ständigen Kommissionen von Fr. 1'000.-- können wir unterstützen, und zwar unter der Voraussetzung, dass die Kommissionsmitglieder vorbereitet an den Sitzungen teilnehmen, damit effizient gearbeitet werden kann. Sollte ein Mitglied Ende Jahr mehrere Absenzen ausweisen, muss eine Kürzung der Grundentschädigung möglich sein.

Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** beantragt somit ein Sitzungsgeld von Fr. 130.-- und ist mit der vorgeschlagenen Grundentschädigung von Fr. 1'000.-- einverstanden. "

**Rainer Schmidig (EVP)**

**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

"Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** hat sich dem populistischen Anliegen zur Verkleinerung des Rates und der damit allenfalls verbundenen Verbilligung der Ratsarbeit nie angeschlossen. Die Arbeit wird nicht weniger werden und die Arbeitslast pro Mitglied wird zunehmen. Wir stimmen jedenfalls den Anträgen des Büros zu.

Jedem Mitglied, das sich für seine Arbeit überbezahlt fühlt, steht es ja frei, die seiner nach Meinung nach zu viel bezahlte Entschädigung der Stadt zurückzugeben. Ich bin gespannt, wie viele dies tun werden. "

**SR Thomas Feurer**

**Stellungnahme Stadtpräsident**

"Erlauben Sie mir folgende Bemerkung zu den von Urs Tanner erwähnten Fr. 1,4 Mio.: In dieser Zahl sind auch sämtliche Ruhegehälter nicht mehr tätiger Stadträte berücksichtigt. Ich verweise auf die effektiven Zahlen, die mit der neuen Ruhegehaltsverordnung erst kürzlich abgesegnet worden sind. Sonst ist das Ganze Ihr Geschäft.

Vielleicht noch ein Tipp: Die Grundentschädigung für den Stadtpräsidenten und den Baureferenten bitte ich möglichst hoch anzusetzen; beide müssen ihre Sitzungsgelder sowie ihre Grundentschädigung zu 100% der Stadt abliefern, damit könnte man das Ganze finanzieren. "

**DETAILBERATUNG**

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, stellt fest, dass ein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat heisst Eintreten mit 25 : 10 Stimmen gut.

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliert die Seite 1 sowie die Anträge auf Seite 2 wie folgt:

**ANTRÄGE**

1. Das einfache Sitzungsgeld nach Art. 10 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates wird auf Fr. 150.-- festgesetzt.

**Wortmeldungen:**

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

„Wie nach erfolgter Eintretensdebatte nicht anders zu erwarten, stelle ich namens unserer Fraktion ich den Antrag, das Sitzungsgeld auf Fr. 90.-- festzusetzen. Nachdem Thomas Hauser diesen sehr ausgiebig begründet hat, möchte ich an dieser Stelle nicht nochmals nachdoppeln, sondern betonen, dass es sich hier nicht um einen Lohn, sondern um ein Sitzungsgeld handelt.“

Josef Eugster (SVP):

„Wie angekündigt, stelle ich den Antrag, das Sitzungsgeld auf Fr. 130.-- festzusetzen.“

Urs Tanner (SP) stellt **Antrag auf Namensaufruf**.

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat heisst mit 16 Stimmen der Abstimmung unter Namensaufruf zu.

**Abstimmung über drei gleichwertige Anträge unter Namensaufruf:**

1. Sitzungsgeld Fr. 90.--: 10 Stimmen
2. Sitzungsgeld Fr. 130.--: 9 Stimmen
3. Sitzungsgeld Fr. 150.--: 17 Stimmen

(siehe diesem Protokoll beigefügte Liste)

**Ausmehrung der Anträge Sitzungsgeld Fr. 90.-- versus Sitzungsgeld Fr. 130.--:**

Der Grosse Stadtrat heisst mit 24 : 10 Stimmen das Sitzungsgeld von Fr. 130.-- gut.

**Ausmehrung der Anträge Sitzungsgeld Fr. 130.-- versus Sitzungsgeld 150.--:**

Der Grosse Stadtrat heisst mit 18 : 16 Stimmen das Sitzungsgeld von Fr. 130.-- gut.

Die in der Folge entstehende Diskussion wird von einem Ordnungsantrag von Dr. Raphaël Rohner (FDP) beendet.

**Antrag 1 neu lautet wie folgt:**

Das einfache Sitzungsgeld nach Art. 10 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates wird auf Fr. 130.-- festgesetzt.

2. Die Grundentschädigung nach Art. 10 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates und nach Art. 21 Abs. 1 der Verordnung über die Organisation und Geschäftsführung der Städtischen Werke Schaffhausen wird auf jährlich Fr. 1'000.-- festgesetzt.

**Wortmeldung** von Thomas Hauser (FDP):

„Ich stelle wie bereits in der Eintretensdebatte angekündigt Antrag auf Fr. 100.-- Grundentschädigung. Niemand hat in den letzten Jahrzehnten eine Grundentschädigung verlangt. In der Geschäftsordnung wurde diese Grundentschädigung sozusagen „hoppla-hopp“ aufgenommen und jetzt sollen Fr.1'000.-- bezahlt werden. Das ist absolut masslos und beinahe unverschämt; wie kommt man von Null auf tausend Franken? Ich stelle Antrag auf Fr. 100.--, um nach den Sitzungen auf Staatskosten gemeinsam ein Bier trinken zu können.“

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat heisst mit **22 : 9 Stimmen** die Grundentschädigung von Fr. 1'000.-- gut.

**Wortmeldungen:**

Josef Eugster (SVP):

"Ich stelle für die Grundentschädigung den ergänzenden Antrag auf hundert prozentige Sitzungspräsenz, ansonsten wird der Betrag pro rata reduziert. "

Urs Tanner (SP):

"Die SP/AL-Fraktion stimmt diesem Antrag einstimmig zu. "

Kurt Zubler (SP):

"In Abweichung zu unserem Fraktionspräsidenten möchte ich diesem Antrag nicht zustimmen, und zwar nicht wegen dem Betrag, sondern weil die Grundentschädigung kein Sitzungsgeld ist; sonst hätte man ja für die Fachkommissionssitzungen genau so gut ein doppeltes Sitzungsgeld beschliessen können. Die Fr. 1'000.-- werden jetzt auf die Anzahl Sitzungen verteilt und der Zweck der Grundentschädigung ist für die Grundlagenarbeit - unabhängig davon, ob man an den Sitzungen teilnehmen kann oder nicht und analog der Praxis in der VK der Städtischen Werke. Das von Ihnen gewählte Prinzip ist ein *erweitertes* Sitzungsgeld. Ich werde dem Antrag nicht zustimmen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

"Ausnahmsweise kann ich Kurt Zubler folgen, seine Überlegungen sind absolut richtig und Kollege Tanner hat in seinem Eintretensvotum darauf hingewiesen, dass bei einem Rücktritt während des Jahres nur der Anspruch pro rata temporis geltend gemacht werden kann. Wenn wir dem gut gemeinten Antrag von Josef Eugster folgen, haben wir *zusätzlich* ein Sitzungsgeld. "

**Abstimmung:**

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Josef Eugster (SVP) gestellten Antrag mit 17 : 15 Stimmen ab.

3. Die neuen Ansätze gelten mit Wirkung ab 1. Januar 2009.

*Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

**SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat heisst den Bericht und Antrag des Büros vom 10.02.09 sowie die an der Ratssitzung genehmigte Änderung mit 25 : 10 Stimmen gut.

**Das Geschäft ist erledigt.**



## **MITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN**

"Damit wir noch genügend Zeit zur Verfügung haben, schreite ich nun zu einer Amtshandlung, von der ich hoffe, in meinem Präsidialjahr nicht oft, am allerliebsten nicht einmal ein zweites Mal Gebrauch machen zu müssen.

Wie Sie sicher bereits aus den Medien erfahren haben, verlässt uns ein langjähriges Mitglied dieses Rates. Wilhelm Hefti tritt nach 28 Jahren zurück. Sein Rücktrittsschreiben ist im Gegensatz zu seiner langjährigen Zugehörigkeit sehr kurz und bündig ausgefallen:

*Geschätzte Ratspräsidentin*

*Hiermit gebe ich meinen Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat auf den 17. Februar 2009 bekannt. Gesundheitliche und persönliche Gründe zwingen mich etwas kürzer zu treten. Dieser Schritt fällt mir nicht leicht, habe ich doch während den letzten 28 Jahren viel erlebt.*

*Ich werde mich auch weiterhin interessieren, was in der Stadtpolitik läuft.*

*Herzliche Grüsse*

*Wilhelm Hefti*

## **WÜRDIGUNG DER RATSTÄTIGKEIT VON WILHELM HEFTI (SP)**

"Ich weiss nicht, wie ich es nennen soll, ob es mir leid tut oder ob es gut ist, wie es ist?

Diese Frage stellte ich mir in den letzten Tagen öfters, als es endlich Zeit wurde eine Laudatio für Grossstadtrat Wilhelm Hefti zu schreiben. Beim Einholen von Informationen über Grossstadtrat Wilhelm Hefti bei Stadtratsweibel Markus Brütsch hat es mich fast erschlagen. Beinahe erschlagen deshalb, als ich las, wann Willi Hefti in den Grossen Stadtrat gewählt wurde, und wie lange er seither ohne Unterbruch im Dienste der Einwohnergemeinde Schaffhausen dieses Mandat ausführte.

1981 wählte ihn die Stimmbevölkerung in den Grossen Stadtrat. Sieben Mal stellte er sich einer Gesamterneuerungswahl und erzielte jeweils hervorragende Resultate.

28 Jahre, meine Damen und Herren, dies schaffen wohl nur wenige Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Doch was bedeuten 28 Jahre in diesem Gremium? Eines vor allem, nämlich sitzen, sitzen und nochmals sitzen.

So gehörte Grossstadtrat Willi Hefti 58 Spezialkommissionen an. Von 1993 – 1996 hatte er noch Einsitz in der ständigen Kommission der Städtischen Werke. 1997 wurde Grossstadtrat Wilhelm Hefti mit sehr guten 48 Stimmen zum Präsidenten dieses Rates gewählt, und war in den Jahren 2001 – 2004 und im Jahr 2008 als Stimmzähler ein treues Mitglied des Ratsbüros.

Ich versuchte all die Stunden im Fokus der Kommunalpolitik mit Durchschnittswerten einigermaßen zu erfassen, liess es aber dann bleiben, weil weder genügend Geduld noch mühseliges Rechnen zu meinen Stärken gehören. Es braucht aber auch wohl kaum eine Tabelle, um nur zu erahnen, wie viele Stunden seine Familie und seine Freunde der Politik wegen auf Willi verzichten mussten.

Wilhelm Hefti war und ist kein Freund grosser Worte, er zeichnet sich durch stilles

Arbeiten aus. So verwundert es nicht, dass er in diesen 28 Jahren nur gerade drei Vorstösse zu verzeichnen hat. Mit zwei Interpellationen und einer Kleinen Anfrage war es denn auch getan, er brachte sich lieber in der Kommissionsarbeit ein.

Welchen Themen hat sich Wilhelm Hefti speziell angenommen? Dies interessierte mich ausserordentlich, und auch hier versuchte ich Schwerpunkte zu erfassen. Aber auch da reichte meine Geduld nicht allzu lange aus, schon bald musste ich feststellen, dass Willi ein Mensch mit einem grossen Interessenskreis ist. Die Spezialkommissionen haben ihm den Einblick in verschiedene Themengebiete erlaubt und ihn mit Sicherheit überall zum Spezialisten gemacht. Eines ist sicher, er, in früheren Jahren Zustellbote bei der Post und wohl bekanntester Heilsarmee- und Samariter-Aktivist in unserer Stadt, hat sich stets für die Schwächeren dieser Stadt eingesetzt und wird dies wohl auch nach seinem Rücktritt noch weiter so tun.

Lieber Willi, mit einem lachenden und einem weinenden Auge lassen wir dich ziehen, wünschen dir auf deinem weiteren Lebensweg alles Gute, Glück und Gesundheit und hoffen, dass du die Kommunalpolitik noch weiter mit wachem Geiste verfolgen wirst.

Du hast mit deinem grossen Engagement, deinem unermüdlichen Einsatz und deiner Verpflichtung und Verantwortung gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern dieser Stadt einen enormen Einsatz geleistet. Ich glaube im Namen des ganzen Grossen Stadtrates sagen zu dürfen, Hut ab, wer, wenn nicht du, hat nun ein ruhigeres Leben verdient. So gesehen kann ich jetzt mit Sicherheit sagen, Willi es ist gut, wie es ist, genieße die sitzungsfreien Abende, genieße einen entspannten Lebensabend zusammen mit deiner Frau Vreni, die sich freuen wird, ihren Mann von nun an vermehrt zu Hause zu wissen.

Eine Weisheit aus Ostafrika soll dir zu diesem Abschied Wegweiser sein. Sie lautet:  
*Für jeden kommt der für ihn bestimmte Augenblick.*

In diesem Sinne dürfen wir Grossstadtrat Wilhelm Hefti mit kräftigem Applaus für die investierte Zeit im Grossen Stadtrat verabschieden. “

**Schlusswort:**

**Zusammensetzung der 11er SPK Erhalt und Ausbau Trolleybusnetz:**

SL/AL-Fraktion (einladende Fraktion): Katrin Huber Ott, Simon Stocker, Daniel Schlatter, Urs Tanner

FDP/jfsh-Fraktion: Martin Egger, Till Hardmeier, Dr. Raphaël Rohner

SVP/JSVP/EDU-Fraktion: Dr. Cornelia Stamm Hurter, Erwin Sutter

OeBS/CVP/EVP-Fraktion: Iren Eichenberger, Rainer Schmidig

Erste Sitzung: 20. April 2009, 17.00 Uhr

**Zusammensetzung der 11er SPK Schulraumplanung 2008 bis 2017 vom 14.01.08:**

SVP/JSVP/EDU-Fraktion (einladende Fraktion): Dr. Cornelia Stamm Hurter, Alfred Tappolet

SP/AL-Fraktion: Christa Flückiger, Beat Steinacher, Urs Tanner, Kurt Zubler

FDP/jfsh-Fraktion: Martin Egger, Katrin Hauser-Lauber, Dr. Raphaël Rohner

OeBS/CVP/EVP-Fraktion: Martin Roost, Rainer Schmidig

Erste Sitzung: 2. März 2009, 18.00 Uhr

**Zusammensetzung der 9er SPK Munothalde und Bachstrasse vom 29.07.08:**

OeBS/CVP/EVP-Fraktion (einladende Fraktion): Gädi Distel, Lotti Winzeler

SP/AL-Fraktion: Andres Bächtold, Christoph Lenz, Kurt Zubler

FDP/jfsh-Fraktion: Martin Egger, Thomas Hauser

SVP/JSVP/EDU-Fraktion: Josef Eugster, Edgar Zehnder

Erste Sitzung: 27. April 2009, 18.00 Uhr

**Zuweisung der VdSR Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen vom 16.12.08:**

Das Büro schlägt die Zuweisung in die Fachkommission Bildung, Soziales Betreuung, Kultur und Sport vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

**Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 3. März 2009, um 18.00 Uhr, statt.**

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 20:29 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 25.02.09